

fur. In einem Postulat verlangt *Karin Maeder-Zuberbühler* (sp., Rüti) vom Regierungsrat, dafür zu sorgen, dass die Anzahl Lehrstellen für Fachangestellte Gesundheit im Kanton Zürich erhöht wird. Sie stellt den Antrag, das Postulat für dringlich zu erklären. *Karin Maeder-Zuberbühler* (sp., Rüti) bezeichnet die derzeitige Lehrstellensituation als beunruhigend. Es ist jetzt noch nicht zu spät, die Zahl der Lehrstellen im Gesundheitsbereich zu erhöhen. *Willy Haderer* (svp., Unterengstringen) findet die Forderung unglaublich. Der betreffende Beruf ist ganz neu. Es müssen zuerst Strukturen geschaffen werden in den anbietenden Betrieben. Man kann nicht einfach auf den Knopf drücken und neue Lehrstellen schaffen. *Ralf Margreiter* (gp., Zürich) erinnert an die Ablehnung der eidgenössischen Lehrstelleninitiative. Jede Massnahme, die neue Lehrstellen schaffen kann, ist nicht nur wichtig, sondern auch dringlich. Die Strukturen für zusätzliche Massnahmen sind vorhanden. *Yvonne Eugster* (cvp., Männedorf) will sich ebenfalls dafür einsetzen, dass Spitäler, Alters- und Pflegeheime mehr Lehrstellen anbieten. Die Lehrstellensuche ist im Gang, die Dringlichkeit ist gegeben.

82 Ratsmitglieder stimmen für die Dringlichkeit. Sie ist damit zustande gekommen.

Staatsbeitrag für Integrationskurse

Der *Regierungsrat* beantragt die Genehmigung eines Staatsbeitrags an die Integrationskurse von Jugendlichen in der Höhe von 6,15 Millionen Franken für die



Claudio Schmid (svp., Bülach) kündigt das Referendum der SVP gegen die Integrationskurse an.

Jahre 2005 bis 2008. Die Kurse sollen 15- bis 20-Jährigen, die mit dem Familiennachzug in die Schweiz gekommen sind, beim Einstieg in eine berufliche Ausbildung helfen. Sie werden seit 20 Jahren angeboten – mittlerweile in sechs Bezirken – und von jährlich rund 300 Jugendlichen besucht. Über den Staatsbeitrag an die Kurse für die letzten drei Jahre entschied nach einem Referendum des Bundes der Steuerzahler das Volk. Am 24. November 2002 bewilligte es den Kredit mit einem Ja-Vorsprung von nur gerade 600 Stimmen. Den nun beantragten Kredit empfiehlt eine Mehrheit der Kommission für Bildung und Kultur zur Annahme. Die Mitglieder der SVP sind dagegen. Kommissionspräsidentin *Brigitta Johner-Gähwiler* (fdp., Urdorf) erläutert die Vorlage. Die Kurse liegen nicht nur im Interesse der Betroffenen, sondern sind auch aus übergeordneten bildungs- und sozialpolitischen Gründen wichtig. Sie ermöglichen einen schnellen Einstieg in die deutsche Sprache, erhöhen die Chancen auf einen Arbeitsplatz und reduzieren das Risiko, dass die Jugendlichen zu sozialen Problemfällen werden. Damit kann verhindert werden, dass an anderer Stelle wesentlich höhere Folgekosten entstehen. Drei Viertel der Kursteilnehmer finden nach dem Kurs eine Lehrstelle, eine Erwerbstätigkeit oder eine schulische Zwischenlösung. Es ist das letzte Mal, dass wir über diese Vorlage abstimmen müssen, denn mit der Einführung des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes wird die Finanzierung anders geregelt.

Susanna Rusca (sp., Zürich) führt aus, dass Sozialhilfe für arbeitslose Jugendliche mehr Kosten verursacht als Integrationskurse. Die Jugendlichen haben 40 Jahre Arbeitsleben in der Schweiz vor sich und benötigen eine Einstiegshilfe. *Samuel Ramseyer* (svp., Niederglatt) erörtert die Gründe für das Nein der SVP. Die Integration ist primär Aufgabe der betroffenen Ausländerinnen und Ausländer. Die Kosten für den Kanton sind zu hoch, Elternbeiträge zu tief. Zudem ist die Erfolgsquote der Kurse ungenügend. *Yvonne Eugster* (cvp., Männedorf) gibt bekannt, dass die CVP die Vorlage unter-